



# Rathaus Umschau

**Donnerstag, 10. April 2025**

Ausgabe 70

[ru.muenchen.de](http://ru.muenchen.de)

*Als Newsletter oder Push-Nachricht  
unter [muenchen.de/ru-abo](http://muenchen.de/ru-abo)*

## Inhaltsverzeichnis

<b>Terminhinweise für Medien</b>	<b>2</b>
<b>Meldungen</b>	<b>2</b>
› Mehr Tempo beim Wohngeld: Stadt bringt Maßnahmenpaket auf den Weg	2
› IT-Ausschuss legt aktuellen Digitalisierungsbericht vor	3
› Die Sieger*innen des Preises für Stadtbildpflege 2024 stehen fest	4
› Spatenstich für Bürogebäude MONACO im Werksviertel	5
› Ausstellung „Mothers of Europe – Gründerinnen einer Idee“	6
› Fördermittel in der freien darstellenden Kunst beantragen	7
› „Der Münchner“ am Viktualienmarkt	8
› Filmmuseum zeigt „Dangerous Liaisons“	8
<b>Antworten auf Stadtratsanfragen</b>	<b>9</b>
<b>Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat</b>	
<b>Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften</b>	

## Terminhinweise für Medien

Wiederholung

### **Freitag, 11. April, 15 Uhr, Benedikterstraße 6/8**

Stadtrat Winfried Kaum (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters ein Grußwort zum Richtfest des genossenschaftlichen Wohnungsneubaus der Heimstättenbaugenossenschaft Pasing. An der Benedikterstraße 6 und 8 errichtet die Genossenschaft 50 neue Wohnungen.

### **Freitag, 11. April, 17.30 Uhr, Odeonsplatz**

Stadtrat Andreas Voßeler (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste) begrüßt in Vertretung des Oberbürgermeisters etwa 100 Studierende aus Serbien, die sich mit ihren Fahrrädern auf dem Weg nach Straßburg befinden, um dort beim Europarat und dem Europäischen Parlament auf politische und soziale Missstände in Serbien aufmerksam zu machen. Weitere Infos unter <https://de.turadostrazbura.rs>.

Wiederholung

### **Freitag, 11. April, 18.15 Uhr, Fat Cat (ehemals Gasteig), Rosenheimer Straße 5**

Bürgermeister Dominik Krause nimmt anlässlich des zweijährigen Bestehens des FatCat an der Podiumsdiskussion „Räume räumen“ teil. Über die Zukunft kreativer Räume in der Stadt diskutieren Rüdiger Linhof von den Sportfreunden Stiller, Flo August (Produzent Kraftklub/Nina Chuba), LAURINE, Sebastian Weiss (Sepalot), Melis Çom (Duende), die Fachstelle Pop, Vertreter des Bündnisses „München ist Kultur“ und weitere Gäste aus Kultur und Politik.

## Meldungen

### **Mehr Tempo beim Wohngeld: Stadt bringt Maßnahmenpaket auf den Weg**

(10.4.2025 – teilweise voraus) Die Landeshauptstadt München reagiert auf die stark gestiegene Zahl an Wohngeldanträgen mit einem umfassenden Maßnahmenpaket zur Beschleunigung des Antragsverfahrens. Zentrale Elemente sind die Einführung einer Arbeitsmarktzulage für die Beschäftigten im Bereich Wohngeld des Sozialreferats sowie der verstärkte Einsatz von Künstlicher Intelligenz und eine Prozessoptimierung. Der Verwaltungs-

und Personalausschuss des Stadtrats hat das Paket jetzt mit großer Mehrheit beschlossen.

Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Es kann nicht sein, dass Menschen in dieser Stadt ewig warten müssen, bis ihr Antrag bearbeitet ist. Mit meiner Initiative für mehr Tempo beim Wohngeld setzen wir ein klares Signal: Volle Unterstützung für die Verwaltung, damit sie so für die Münchnerinnen und Münchner da sein kann, wie sie es zu Recht erwarten. Zugleich stellt sich aber die berechnete Frage, warum der Gesetzgeber eine derart detaillierte Prüfung vorschreibt und die Kommunen damit überproportional belastet. Das ist Bürokratieaufbau, dem wir weitgehend schutzlos ausgeliefert sind.“

Hintergrund ist die Wohngeldreform des Bundes, die zum 1. Januar 2023 in Kraft getreten ist und die Zahl der Anspruchsberechtigten deutlich erhöht hat. In der Folge ist das Arbeitsvolumen für das Sozialreferat stark angestiegen.

Um den Fachbereich Wohngeld personell zu stabilisieren, die Bearbeitungszeiten zu verkürzen und Rückstände abzarbeiten, wird eine bis Dezember 2027 befristete Arbeitsmarktzulage eingeführt. Tarifbeschäftigte im Fachbereich Wohngeld mit der Funktionsbezeichnung „Sachbearbeiter\*in Wohngeld“ und „Sachbearbeiter\*in Information“ erhalten ab dem ersten Mai 2025 und befristet bis zum 31.12.2027 eine Arbeitsmarktzulage in Höhe von 150 Euro monatlich (bei Vollzeit).

Für das Jahr 2025 sind dafür Kosten in Höhe von 130.000 Euro veranschlagt, für die Jahre 2026 und 2027 jeweils rund 193.000 Euro.

Angesichts der angespannten städtischen Haushaltslage sind Arbeitsmarktzulagen ein Instrument, das mit Augenmaß eingesetzt werden muss. Die Stadtverwaltung kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass der Erhalt des Fachpersonals in diesem sensiblen Bereich ohne eine finanzielle Anerkennung nicht dauerhaft gewährleistet werden kann. Der Fachbereich Wohngeld erfüllt eine wichtige sozialpolitische Funktion für Menschen mit geringem Einkommen in München. Eine zügige und verlässliche Bearbeitung der Anträge hat daher hohe Priorität. In diesem Zusammenhang ist auch eine Ausnahme vom derzeit geltenden Besetzungsstopp vorgesehen. Zusätzlich wird das Verfahren zur Wohngeldbeantragung grundlegend überarbeitet. Ziel ist es, die internen Abläufe deutlich zu verschlanken und weitgehend zu automatisieren. Das Personal- und Organisationsreferat der Landeshauptstadt München begleitet diesen Prozess mit seiner internen Organisationsberatung. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf dem verstärkten Einsatz von Künstlicher Intelligenz zur effizienten Bearbeitung der Anträge.

### **IT-Ausschuss legt aktuellen Digitalisierungsbericht vor**

(10.4.2025) Das IT-Referat hat gestern im IT-Ausschuss dem Stadtrat den aktuellen Digitalisierungsbericht vorgelegt. Darin wird seit 2019 der Fortschritt der Digitalisierungsstrategie festgehalten. Wie bereits 2024

erscheint der Digitalisierungsbericht wieder ausschließlich digital. Interessierte Bürger\*innen und Unternehmer\*innen können den Stand der Umsetzung in Echtzeit über das Digitalisierungsradar nachvollziehen. Dabei gibt eine Kennzahl an, wie viele Maßnahmen bereits umgesetzt wurden. Ein Höhepunkt des Berichts sind die Umsetzungserfolge im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG). Für die Stadtgesellschaft wurden bis September 2024 25 neue Onlinedienste bereitgestellt. Bürger\*innen und Unternehmen können damit jetzt über 280 Dienstleistungen online nutzen. Bis Oktober 2024 wurden 1,8 Millionen Online-Anträge gestellt. Der aktuelle Zyklus der Digitalisierungsstrategie endet dieses Jahr. Seit 2019 wurde sie regelmäßig angepasst und erweitert. Viele Maßnahmen wurden bereits erfolgreich abgeschlossen oder sind auf der Zielgeraden. Mit jeder Fortschreibung wurden neue Maßnahmen aufgenommen, die teilweise auch über 2025 hinaus bearbeitet werden. Der vollständige Digitalisierungsbericht ist zu finden unter *muenchen.digital/digitalisierungsradar.html*.

### **Die Sieger\*innen des Preises für Stadtbildpflege 2024 stehen fest**

(10.4.2025) Nach dem Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom 2. April stehen die Sieger\*innen des Preises für Stadtbildpflege 2024 – Bauen und Sanieren in historischer Umgebung fest. Der Ausschuss folgte der Empfehlung der ehrenamtlichen Gutachterkommission, die am 5. und 7. November 2024 zur fachlichen Begutachtung der Bewerbungen tagte. Von den insgesamt 22 eingegangenen Bewerbungen wurden 13 ausgezeichnet: Drei privat beworbene Objekte sowie zehn Objekte der öffentlichen Hand erhielten einen Preis.

Mit seinem Beschluss hat der Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung folgende Vorhaben mit einem Preis gekrönt: die Sanierung des Wohnhauses Krottenmühlstraße 7, Sanierung und Erweiterung des Denkmals Widenmayerstraße 27 und der Neubau der Zaubzerstraße 11.

Die Preise werden in Höhe von 2.600 Euro für jedes Objekt gemeinsam an die Bauherr\*innen und Architekt\*innen zu gleichen Teilen verliehen.

Preise der öffentlichen Hand (undotiert) erhielten folgende Objekte: der Neubau sowie die Sanierung in der Brienner Straße 37/Luisenstraße 29, die Generalsanierung des Sophie-Scholl-Hauses in der Christoph-Probst-Straße 12, die Sanierung der Stufenbauten in der Connollystraße 5-11, der Neubau des Sudetendeutschen Museums in der Hochstraße 8-10, die Erweiterung von zwei Gymnasien in der Karl-Theodor-Straße 9/Siegfriedstraße 22, die Modernisierung des einstigen Zeughauses in der Lothstraße 17, die Hochschulsportanlage (ZHS) in der Moosacher Straße 99, der Neubau des Krematoriums in der St.-Martin-Straße 41, der Neubau des Münchner Volkstheaters in der Tumblingerstraße 27 sowie die Maßnah-

men zur Barrierefreiheit im Foyer zum Herkulesaals in der Residenzstraße 1.

Der im vierjährigen Rhythmus stattfindende Wettbewerb zielt auf die Würdigung und Förderung zeitgenössischer Architektur im Zusammenhang mit Baudenkmalern und in Ensemblebereichen. Bewerben können sich Bauherr\*innen und Architekt\*innen, die Neubauten in Ensemblebereichen oder in der Nähe von Baudenkmalern sowie wesentliche Anbauten, Erweiterungen, Umnutzungen oder Umbauten von Baudenkmalern realisiert haben. Berücksichtigt werden auch Maßnahmen an „besonders erhaltenswerten Bauten der 1950-er, 60-er und 70-er Jahre“ sowie das Kriterium der „vorbildlichen energetischen Sanierung“.

Traditionell werden die Preise (private und öffentliche Hand) im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung verliehen. Dieses Jahr findet die Preisverleihung für geladene Gäste am 3. Juli im Alten Rathaus statt.

**Achtung Redaktionen:** Pressefotos zum Download stehen unter <https://stadt.muenchen.de/infos/preis-stadtbildpflege.html> zur Verfügung.

### **Spatenstich für Bürogebäude MONACO im Werksviertel**

(10.4.2025) In Anwesenheit von Christian Bernreiter, Bayerischer Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr, Bürgermeisterin Verena Dietl und Stadtbaurätin Professorin Dr. (Univ. Florenz) Elisabeth Merk hat der Grünwalder Projektentwickler Rock Capital Group am gestrigen Mittwoch mit dem offiziellen Spatenstich den Startschuss für den Bau des Bürogebäudes MONACO im Münchner Werksviertel gegeben.

Das MONACO bietet rund 4.000 Quadratmeter Bürofläche auf sechs Etagen und zusätzlich etwa 580 Quadratmeter Terrassen- und Rooftop-Flächen, die durch Begrünung wertvollen Lebensraum für Flora und Fauna bieten. Intelligenter Sonnenschutz reduziert den Energiebedarf für die Raumkühlung und damit CO<sub>2</sub>. Mit der Einrichtung von Fahrradparkplätzen und Duschen für Radfahrende sowie die Installation von mindestens 20 Ladepunkten für Elektrofahrzeuge fördert das MONACO die Nutzung klimafreundlicher Mobilität. Mitte 2027 soll das Bürogebäude bezugsfertig sein.

Christian Bernreiter, Bayerischer Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr: „Mit dem MONACO setzt die Rock Capital Group ein Zeichen für zukunftsorientiertes Bauen und schafft ein Beispiel für das Bürogebäude von morgen. Mit begrünten Dächern trägt das MONACO seinen hohen Anspruch an Nachhaltigkeit auch nach außen. Das Bauprojekt zeigt, was möglich ist, wenn Projektentwickler mit frischen Ideen und unternehmerischem Mut ans Werk gehen.“

Bürgermeisterin Verena Dietl: „Das MONACO zeigt eindrucksvoll, wie modernes Bauen mit Nachhaltigkeit und urbaner Identität Hand in Hand

gehen kann. München braucht genau solche innovativen Projekte, die unsere Stadt zukunftsfähig machen und gleichzeitig ihren Charakter bewahren. Besonders erfreulich ist, dass hier nicht nur Arbeitsräume geschaffen werden, sondern auch ein Ort der Begegnung, der das Werksviertel weiter belebt.“

Stadtbaurätin Professorin Dr. (Univ. Florenz) Elisabeth Merk: „Das MONACO ist ein Projekt, das an diesem Standort im Werksviertel wirklich stadtbildprägend sein wird. Es setzt einen architektonischen Akzent und greift mit der Fassade aus Klinkersteinen vor allem auch das industriekulturelle Erbe dieses Areals auf.“



*Spatenstich für Bürogebäude MONACO v.l.n.r.: Peter G. Neumann (Geschäftsführender Gesellschafter der Rock Capital Group), Christian Bernreiter (Bayerischer Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr), Bürgermeisterin Verena Dietl, Christian Lealahabumung (Geschäftsführender Gesellschafter der Rock Capital Group), Stadtbaurätin Professorin Dr. (Univ. Florenz) Elisabeth Merk und Sven Thorissen (Direktor des Studio DAS beim Architekturbüro MVRDV). Foto: Christopher König*

### **Ausstellung „Mothers of Europe – Gründerinnen einer Idee“**

(10.4.2025) Die Ausstellung „Mothers of Europe“ erzählt die Geschichte der Pionierleistungen von Frauen, die das moderne Europa mitgestaltet haben. Sie zeigt Frauen mit Wurzeln in europäischen Ländern, die sich für Demokratie, sozialen Fortschritt und Gerechtigkeit eingesetzt haben, aber in der Geschichte immer noch unterrepräsentiert sind. Aus Deutschland werden die Publizistin Hannah Arendt, die Aktivistin Ursula Hirschmann und die Dichterin Nelly Sachs vorgestellt. Die Ausstellung kann ab sofort bis zum 27. Juni in der Galerie vor den Büroräumen des Oberbürgermeis-

ters im zweiten Stock des Rathauses während der regulären Öffnungszeiten (Montag bis Donnerstag von 9 bis 16.30 Uhr und am Freitag von 9 bis 12.30 Uhr) kostenfrei besichtigt werden.

Am 7. Mai ab 17 Uhr findet eine Begleitveranstaltung mit Podiumsdiskussion zum Thema „Breaking Barriers: Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“ im Rathaus statt. Das finale Programm folgt in Kürze. Eine Voranmeldung ist bereits jetzt möglich unter <https://alliance4europe.typeform.com/to/Y7LH2jd4>.

„Mothers of Europe“ war zuvor im Roten Rathaus in Berlin zu Gast und wird im Anschluss in Köln und 15 weiteren europäischen Städten gezeigt. Begleitet werden die Ausstellungen von einer Publikation, die tiefer in die historischen Hintergründe des bedeutenden Wirkens der gezeigten Frauen eintaucht.

Die Ausstellung wurde von Alliance4Europe im Rahmen des Projekts „Mothers of Europe“ konzipiert und wird in München in Kooperation mit der Landeshauptstadt München und dem im Referat für Arbeit und Wirtschaft angesiedelten Europe Direct München gezeigt. Das Projekt wird durch das EU-Programm Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte (CERV) finanziell unterstützt und in sechs Ländern durchgeführt (Deutschland, Griechenland, Polen, Spanien, Tschechien und Ungarn).

Infos zur Publikation unter <https://alliance4europe.eu/project/mothers-of-europe>.

### **Fördermittel in der freien darstellenden Kunst beantragen**

(10.4.2025) Das Kulturreferat unterstützt auch 2026 wieder Künstler\*innen aus den Bereichen Tanz und Theater durch unterschiedliche Fördermodule. Ausgeschrieben werden Förderungen für Einzelprojekte, Debüts, Kinder- und Jugendtheaterproduktionen, eine produktionsunabhängige Dreijahresförderung im Bereich Kinder- und Jugendtheater sowie Arbeits- und Fortbildungsstipendien.

Bis Montag, 2. Juni, können Künstler\*innen mit Arbeitsschwerpunkt in München ihre Bewerbungen per Online-Antrag einreichen. Angesprochen sind etablierte Künstler\*innen sowie Künstler\*innen, die in die professionelle Berufstätigkeit starten beziehungsweise erste künstlerische Erfolge aufweisen.

Gefördert werden künstlerische Ausdrucksformen der freien Tanz- und Theaterszene, die sich durch Qualität und Professionalität auszeichnen und eine Bereicherung der aktuellen darstellenden Kunst in München bedeuten.

Über die Vergabe der Förderungen im Tanz- und Theaterbereich wird der Stadtrat auf Vorschlag der Jurys voraussichtlich im Herbst 2025 entscheiden.

Ausführliche Infos unter [www.muenchen.de/kulturausschreibungen](http://www.muenchen.de/kulturausschreibungen).

### **„Der Münchner“ am Viktualienmarkt**

(10.4.2025) Den Viktualienmarkt im Herzen der Münchner Innenstadt kennen und lieben die Münchner\*innen. So auch „Der Münchner“ Alessandro Capasso (Instagram: @sandrocap). Was er beim Marktbesuch erlebt, erzählt er brühwarm seiner Bekannten Manuela am Handy. Eine Geschichte mit Augenzwinkern über den Viktualienmarkt und No-Gos beim Marktbummel. Ab heute 17 Uhr zu sehen auf [instagram.com/sandrocap](https://www.instagram.com/sandrocap) und [instagram.com/viktualienmarkt\\_muenchen](https://www.instagram.com/viktualienmarkt_muenchen).

### **Filmmuseum zeigt „Dangerous Liaisons“**

(10.4.2025) In der Reihe „Film und Psychoanalyse“ steht am Sonntag, 13. April, um 18 Uhr das oscarprämierte Kostümdrama „Dangerous Liaisons“ (1988) über verhängnisvolle Affären und Intrigen des französischen Adels im 18. Jahrhundert auf dem Programm. Unter der Regie von Stephen Frears spielen Glenn Close, John Malkovich und Michelle Pfeiffer die Hauptrollen. Gezeigt wird die englische Originalfassung. Nach der Vorführung interpretiert der Psychologe Andreas Hamburger den Film gemeinsam mit dem Publikum. Der Eintritt kostet 5 Euro beziehungsweise 3 Euro bei Mitgliedschaft im Förderverein MFZ. Kartenvorverkauf ist sieben Tage im Voraus online oder an der Abendkasse möglich, die 60 Minuten vor Vorstellungsbeginn öffnet. Es gibt keine Reservierungen. Das Kino des Filmmuseums ist rollstuhlgerecht zugänglich und mit einer Induktionsschleife für Hörgeschädigte ausgestattet. Weitere Infos unter <https://go.muenchen.de/dangerous-liaisons>.

Weitere Termine der Reihe „Film und Psychoanalyse“: „Who’s Afraid of Virginia Woolf?“ (1966) von Mike Nichols am Sonntag, 1. Juni, und „Love Lies Bleeding“ (2024) von Rose Glass am Sonntag, 6. Juli.



# Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 10. April 2025

## **Versorgungssicherheit und Klimaschutz beschleunigen II – Vorbereitungen für den Windkraftausbau**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Beppo Brem, Mona Fuchs, Nimet Gökmenoglu, Dominik Krause, Clara Nitsche, Julia Post, Bernd Schreyer, Florian Schönemann, Christian Smolka, Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste) und Simone Burger, Anne Hübner, Christian Köning, Dr. Julia Schmitt-Thiel (SPD/Volt-Fraktion) vom 15.3.2022

## **Neue Gesetzeslage – Windkraftausbau in und um München mitgestalten**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Mona Fuchs, Judith Greif, Anna Hanusch, Dominik Krause, Julia Post, Dr. Florian Roth (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste) und Anne Hübner, Lars Mentrup, Andreas Schuster, Felix Sproll, Dr. Julia Schmitt-Thiel (SPD/Volt-Fraktion) vom 12.8.2022

## **Grundwassersituation am Nord-West-Sammler, Untermühle**

Anfrage Stadträte Leo Agerer, Delija Balidemaj, Alexander Reissl und Professor Dr. Hans Theiss (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 5.2.2025

### **Versorgungssicherheit und Klimaschutz beschleunigen II – Vorbereitungen für den Windkraftausbau**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Beppo Brem, Mona Fuchs, Nimet Gökmenoglu, Dominik Krause, Clara Nitsche, Julia Post, Bernd Schreyer, Florian Schönemann, Christian Smolka, Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste) und Simone Burger, Anne Hübner, Christian König, Dr. Julia Schmitt-Thiel (SPD/Volt-Fraktion) vom 15.3.2022

#### **Antwort Dr. Christian Scharpf, Referent für Arbeit und Wirtschaft:**

Mit o.g. Antrag sollen die Stadtwerke beauftragt werden, neue Windkraftanlagen in München und der Region zu prüfen. Ziel ist eine Vervielfachung der installierten Windkraftleistung. Mit einem besonderen Fokus sollen Windkraftanlagen in den Kiesvorranggebieten im Forst Kasten und „Am Moosgrund“ untersucht werden. Die bayernweit aktuell gültige „10-H“-Abstandsregel für Windkraftanlagen soll bei den Prüfungen nicht als Ausschlusskriterium betrachtet werden.

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlaube ich mir, Ihren Antrag als Brief zu beantworten.

Ich bedauere, die nach § 60 Abs. 2 GeschO des Stadtrats vorgegebene Frist von 6 Monaten überschritten zu haben. Grund hierfür ist, dass sich zum Zeitpunkt der Antragstellung abzeichnete, dass sich die rechtlichen Rahmenbedingungen zum Ausbau von Windenergieanlagen ändern und dies Auswirkung hinsichtlich geeigneter Standorte hat. Für die gewährte Fristverlängerung bedanke ich mich.

Mit Inkrafttreten der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern (LEP) am 1.6.2023 wurden die Regionalen Planungsverbände in Bayern dazu verpflichtet, im Rahmen regionsweiter Steuerungskonzepte Vorranggebiete für die Errichtung von Windenergieanlagen von mindestens 1,8% der Regionsfläche festzulegen. Vor diesem Hintergrund haben die Stadtwerke München geprüft, welche innerstädtischen und ausmärkischen Flächen im Eigentum der Landeshauptstadt München oder im Eigentum von ihren verwalteten Stiftungen zzgl. der Forstflächen im Münchner Süden möglicherweise für den Ausbau von Windenergieanlagen geeignet sind. Zudem hat das Referat für Stadtplanung und Bauordnung eine Analyse innerstädtischer Potenzialflächen für Windenergieanlagen aus dem Jahr 2014 (Sitzungsvorlagen Nr. 14-20/V 07115) auf die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen hin angepasst und entsprechend fortgeschrieben. Die Ergebnisse werden in die Stellungnahme der Landeshaupt-



stadt München an den Regionalen Planungsverband München im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplans München einfließen.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung begleitet den laufenden Prozess zur Fortschreibung des Regionalplans München und ist aktuell im Rahmen des formellen Anhörungsverfahrens beteiligt. Mit Sitzungsvorlage Nr. 20-26/V 15986 vom 12.3.2025/26.3.2025 informiert das Referat für Stadtplanung und Bauordnung über potentiell für eine Ausweisung als Vorranggebiet bzw. grundsätzlich für Windkraftanlagen geeignete Flächen inner- und außerhalb des Stadtgebietes sowie den Stand der diesbezüglichen interkommunalen Abstimmungen. In dieser Sitzungsvorlage wird auch die Eignung des Kiesvorranggebietes im Forst Kasten und des Kiesvorbehaltsgebietes im Moosgrund (Potenzialfläche Münchner Nordosten) dargelegt. Auf die Ausführungen in der Sitzungsvorlage darf ich Sie verweisen.

Ich bitte Sie, von den vorstehenden Ausführungen Kenntnis zu nehmen und hoffe, dass Ihr Antrag zufriedenstellend beantwortet ist und als erledigt gelten darf.

### **Neue Gesetzeslage – Windkraftausbau in und um München mitgestalten**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Mona Fuchs, Judith Greif, Anna Hanusch, Dominik Krause, Julia Post, Dr. Florian Roth (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste) und Anne Hübner, Lars Mentrup, Andreas Schuster, Felix Sproll, Dr. Julia Schmitt-Thiel (SPD/Volt-Fraktion) vom 12.8.2022

#### **Antwort Dr. Christian Scharpf, Referent für Arbeit und Wirtschaft:**

Mit o.g. Antrag werden die Stadtwerke gebeten, die Auswirkungen auf den Ausbau der Windkraft in und um München durch das „Wind an Land-Gesetz“ zu untersuchen und dem Stadtrat darzulegen. Dabei sollen die Chancen für die Deckung eines erheblichen Anteils des Münchner Strombedarfs und damit die Erreichung der Münchner Klimaziele durch regionale Windkraftanlagen dargestellt werden. Zudem sollen die Möglichkeiten der Umsetzung des Windkraftausbaus zusammen mit weiteren Akteuren wie etwa dem regionalen Planungsverband (RPV) erörtert werden.

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlaube ich mir, Ihren Antrag anstelle einer Stadtratsvorlage als Brief zu beantworten.

Ich bedauere, die nach § 60 Abs. 2 GeschO des Stadtrats vorgegebene Frist von 6 Monaten überschritten zu haben. Grund hierfür ist, dass sich zum Zeitpunkt der Antragstellung abzeichnete, dass sich die rechtlichen Rahmenbedingungen zum Ausbau von Windenergieanlagen ändern und dies Auswirkung hinsichtlich geeigneter Standorte hat. Für die gewährte Fristverlängerung bedanke ich mich.

Das Bundesgesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land vom 20.7.2022 ist am 1.2.2023 in Kraft getreten. Das „Wind an Land Gesetz“ hat das Ziel, den Windenergieausbau an Land zu beschleunigen.

Mit Inkrafttreten der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern (LEP) am 1.6.2023 wurden die Regionalen Planungsverbände in Bayern dazu verpflichtet, im Rahmen regionsweiter Steuerungskonzepte Vorranggebiete für die Errichtung von Windenergieanlagen von mindestens 1,8% der Regionsfläche festzulegen. Vor diesem Hintergrund haben die Stadtwerke München geprüft, welche innerstädtischen und ausmärkischen Flächen im Eigentum der Landeshauptstadt München oder im Eigentum ihrer verwalteten Stiftungen zzgl. der Forstflächen im Münchner Süden möglicherweise für den Ausbau von Windenergieanlagen geeignet



sind. Zudem hat das Referat für Stadtplanung und Bauordnung eine Analyse innerstädtischer Potenzialflächen für Windenergieanlagen aus dem Jahr 2014 (Sitzungsvorlagen Nr. 14-20/V 07115) auf die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen hin angepasst und entsprechend fortgeschrieben. Die Ergebnisse werden in die Stellungnahme der Landeshauptstadt München an den Regionalen Planungsverband München im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplans München einfließen.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung begleitet den laufenden Prozess zur Fortschreibung des Regionalplans München und ist aktuell im Rahmen des formellen Anhörungsverfahrens beteiligt. Mit Sitzungsvorlage Nr. 20-26/V 15986 vom 12.3.2025/26.3.2025 informiert das Referat für Stadtplanung und Bauordnung über potentiell für eine Ausweisung als Vorranggebiet bzw. grundsätzlich für Windkraftanlagen geeignete Flächen innerhalb und außerhalb des Stadtgebietes sowie den Stand der diesbezüglichen interkommunalen Abstimmungen. Auf die Ausführungen in der Sitzungsvorlage darf ich Sie verweisen.

Ich bitte Sie, von den vorstehenden Ausführungen Kenntnis zu nehmen und hoffe, dass Ihr Antrag zufriedenstellend beantwortet ist und als erledigt gelten darf.

**Grundwassersituation am Nord-West-Sammler, Untermühle**

Anfrage Stadträte Leo Agerer, Delija Balidemaj, Alexander Reissl und Professor Dr. Hans Theiss (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)  
vom 5.2.2025

**Antwort Baureferat:**

In Ihrer schriftlichen Anfrage vom 5.2.2025 zum Thema Grundwassersituation am Nord-West-Sammler führen Sie Folgendes aus:

*„Seit vielen Jahren beklagen Hauseigentümer in der Untermühle, Feldmoching, hohe Grundwasserstände im Bereich der Grashofstraße, südlich der A 99, südlich des Nord-West-Sammlers. Der Nord-West-Sammler ändert in dem Bereich die Richtung nach Osten und liegt somit quer zur Grundwasserströmung. In der wasserrechtlichen Genehmigung des Nord-West-Sammlers ist ein Überstau von 18cm erlaubt.*

*In der Beschlussvorlage „Umgang mit hohen Grundwasserständen“ (Sitzungsvorlage Nr.20-26/V 15511) ist die Rede davon, dass eine Überschreitung der dokumentierten Höchststände des Grundwassers aus dem Jahr 1940 in allen in der Vorlage behandelten Fällen nicht festgestellt werden kann. Im Bereich des Anwesens Grashofstraße 103 ist der HW 1940 486,9m über Normalnull. Seit vielen Jahren befinden sich die betroffenen Anwohner in Rechtsauseinandersetzungen (Allgemeine sowie Verwaltungsgerichtsbarkeit) mit der Münchner Stadtentwässerung (MSE).“*

Ihre Fragen beantworten wir wie folgt:

**Frage 1:**

*Wie wird der erlaubte Überstau ermittelt?*

**Antwort MSE:**

Im Fall des Nordwestsammlers wird im Wasserrechtsbescheid kein genau definierter maximaler „Überstau“ festgelegt. Im Zuge des Wasserrechtsverfahrens wurde der rechnerische Aufstau ermittelt, der sich während eines 100-jährigen Hochwassers größenordnungsmäßig ausbilden wird.

**Frage 2:**

*Wie weit sind die Messstellen KP 1412 und KP 1119 voneinander entfernt? Welches Gefälle des Bodens sowie des Grundwassers ist zwischen diesen beiden Messstellen vorhanden?*

**Antwort MSE:**

Die beiden Messstellen sind ca. 12 Meter voneinander entfernt. Über das Gefälle des Bodens ist der MSE nichts bekannt. Das Gefälle des Grund-

wassers sowie die Fließrichtung sind abhängig von den jeweiligen Grundwasserständen. Es wird von einem Gefälle zwischen 2,8 und 4,0 Promille ausgegangen.

**Frage 3:**

*Welche Pegelstände werden durch diese beiden Messstellen festgestellt?*

**Antwort MSE:**

Wie bereits mitgeteilt, liegen der LHM keine aktuellen Messwerte dieser Messstellen vor. Diese sind auch nach Einschätzung des WWA nicht mehr messbar.

**Frage 4:**

*Unmittelbar neben diesen beiden Messstellen, die jeweils auf privatem Grund stehen, wurden am 27.1.2025 Grundwasserstände von südlich 1,9m unter Geländeoberkante sowie nördlich 2,83m unter Geländeoberkante festgestellt. Passt das zu den erlaubten Werten des wasserrechtlichen Genehmigungsbescheids?*

**Antwort MSE:**

Wie bereits in der Antwort auf Frage 1 erklärt, gibt es für den betreffenden Abschnitt keine erlaubten Werte, sondern Berechnungen für den rechnerischen Aufstau während eines Höchstgrundwasserstandes. Die gemessenen Werte können daher nicht verglichen werden.

**Frage 5:**

*Wurde der Nord-West-Sammler in dem genannten Abschnitt unmittelbar östlich der Grashofstraße bis zum Eishüttenweg gebaut entsprechend dem geplanten Profil, insbesondere Höhe und Abstand zur Geländeoberkante?*

**Antwort MSE:**

Diese Frage ist Gegenstand der Beweissicherung vor dem OLG und wird damit im Rahmen eines zu erhebenden Sachverständigengutachtens ermittelt.

**Frage 6:**

*Welche Werte des dokumentierten höchsten Grundwasserstandes HW 1940 in der näheren Umgebung dieses Abschnittes des Nord-West-Sammlers sind verfügbar? Wie sind diese?*

**Antwort Referat für Klima- und Umweltschutz:**

Für die gesamte Siedlung Untermühle liegt der HW1940-Grundwasserstand bei einer Höhenkote von etwa 489m ü. NHN im Süden und 486,5m ü. NHN im Norden. Für die Berechnung des Bemessungsgrundwasserstandes kommt noch ein Sicherheitszuschlag von 30cm hinzu. Der Sicherheitszuschlag ist nötig, da in den 1940er Jahren nur sehr wenige Grundwassermessstellen existierten und die Interpolation der Grundwasserstände über größere Strecken erfolgt ist. Für das Anwesen in der Grashofstraße 103 liegt der HW1940-Wasserstand bei 487,20m ü. NHN und der Bemessungswasserstand somit bei 487,50 m NHN. Höchststände stellen das HW1940 Ereignis sowie die Wasserstände der Jahre 1999-2002, 2010, 2013, 2021 und 2023/2024 dar. Die Messungen vom 8. August 2010 zeigen für einige Messstellen die höchsten Werte der gesamten Messreihe. Dabei wurden im Bereich der Grashofstraße und Eishüttenweg teilweise die HW1940-Werte überschritten. Die Überschreitung liegt aber noch im Bereich des Sicherheitszuschlags für den HW1940-Wert von 30cm. Bei einem Hochwasserereignis (z.B. HW1940 oder August 2010) kann der Grundwasserspiegel in einigen Bereichen der Untermühle auf unter 1m u. GOK (Geländeoberkante) ansteigen. Südwestlich der Untermühle im Bereich der Heppstraße wurden sogar Flurabstände unter 0,5m u. GOK gemessen.

**Frage 7:**

*Warum sind die Messwerte der Messstellen der MSE aktuell für die interessierte Öffentlichkeit nicht einsehbar?*

**Antwort MSE:**

Wie bereits mitgeteilt, gibt es umfassende Möglichkeiten, die Messwerte der MSE einzusehen. Es werden stundenaktuelle Live-Daten online von 3 Messstellen im betroffenen Gebiet dargestellt. Unabhängig davon können weitere Werte nach geltenden gesetzlichen Bedingungen jederzeit beim RKU abgefragt werden.

**Frage 8:**

*Welche weiteren Messstellen betreibt die Stadt, Referat für Klima- und Umweltschutz?*

**Antwort Referat für Klima- und Umweltschutz:**

Im 14-tägigen Rhythmus werden vom Referat für Klima- und Umweltschutz (RKU) im Bereich der Untermühle an ausgewählten Messstellen der Grundwasserstand per Lichtlot gemessen. Dies sind die KP 564 am Eishüttenweg, die KPA1431 an der Grashofstraße, die KP1635 am Krauta-





ckerweg sowie die KP1262 und KP1265 in der Heppstraße. Weitere Messungen gibt es noch in der Schwarzhölzlstraße an den Messstellen KPA 139 und KP1653.

# Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Donnerstag, 10. April 2025

## **Grundsteueranstieg für Sportvereine mit Erbpachtverträgen verringern oder die Steuerschuld im Rahmen der Sportförderung ausgleichen**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Alexandra Gaßmann, Ulrike Grimm, Hans-Peter Mehling und Professor Dr. Hans Theiss (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

## **Unnötige Ausgaben aufgrund verkehrter Rechtsauffassung?**

Anfrage Stadtrats-Mitglieder, Leo Agerer, Sabine Bär, Delija Baldemaj, Fabian Ewald, Ulrike Grimm, Hans Hammer und Hans-Peter Mehling (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

## **Barrierefreier U-Bahn-Zugang mit elektrisch betriebenen Rollstühlen**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Nikolaus Gradl, Roland Hefter, Anne Hübner, Dr. Christian Köning, Barbara Likus, Lars Mentrup, Andreas Schuster und Felix Sproll (SPD/Volt-Fraktion)

## **Olympia statt Breitensport: Fehlende Sporthallen, teure Schwimmkurse – und dafür ein Prestigeprojekt?**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste)

## **Sicherstellung des Fortbestands der 24-Stunden-Beratung im Drogennotdienst L43**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion)

## ANTRAG

An Herrn  
Oberbürgermeister  
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



10.04.2025

### Grundsteueranstieg für Sportvereine mit Erbpachtverträgen verringern oder die Steuerschuld im Rahmen der Sportförderung ausgleichen

Das Referat für Bildung und Sport und die Stadtkämmerei werden beauftragt, die durch die Grundsteuerreform gestiegene Grundsteuerlast für Sportvereine, denen Grundstücke von der Stadt oder Dritten mittels Erbpachtverträgen überlassen werden, von der zusätzlich anfallenden Steuerschuld zu entlasten. Dem Stadtrat wird ein Verfahren zum Beschluss vorgelegt, wie dies ohne großen Verwaltungsaufwand erfolgen kann, bspw. durch Verzicht auf den Differenzbetrag zur ursprünglichen Steuerschuld oder durch eine entsprechende Änderung der Sportförderrichtlinie. Bei künftigen neuen oder erneut zu verlängernden Erbpachtverträgen, insbesondere bei Sportvereinen, ist eine solche Regelung im Vertragswerk vorzusehen.

### Begründung

Das Referat für Bildung und Sport hat in der Beantwortung unserer Anfrage *„Bringt die neue Grundsteuer die Münchner Sportvereine in Nöte? Schriftliche Anfrage gemäß § 68 GeschO Anfrage Nr. 20-26 / F 01105 von Herrn StR Prof. Dr. Hans Theiss, Frau StRin Dr. Evelyne Menges, Frau StRin Ulrike Grimm, Herrn StR Hans Hammer, Frau StRin Alexandra Gaßmann vom 29.01.2025“* folgende Auskünfte erteilt:

„Für einen steuerrechtlichen Erlass der Grundsteuer fehlt eine Rechtsgrundlage. Bei der langfristigen Überlassung eines städtischen Grundstückes an den Verein nach § 6 der Sportförderrichtlinien trägt der Verein im Falle eines Erbbaurechtsvertrags alle Grundstückskosten und Nebenkosten, mit Ausnahme der Erschließungskosten. Im Falle eines Miet- oder Pachtvertrages trägt die Stadt die Grundsteuer. Für eine Übernahme der Grundsteuer durch die Stadt oder eine Bezuschussung im Rahmen der Sportförderrichtlinien ist derzeit kein Budget bzw. keine entsprechende Rechtsgrundlage (z.B. aufgrund eines Stadtratsbeschlusses oder nach den Sportförderrichtlinien) vorhanden.“

Für die wenigen Sportvereine, bei denen diese Vertragskonstellationen einschlägig sind, muss eine Möglichkeit geschaffen werden, die zusätzlichen Kosten zu erlassen, über eine unbürokratische Änderung der Sportförderrichtlinie oder eine Anpassung der Verträge eine Kompensationsmöglichkeit zu finden.

**Prof. Dr. Hans Theiss, MdB (Initiative)**

stv. Fraktionsvorsitzender

**Ulrike Grimm**

Stadträtin

**Alexandra Gaßmann**

Stadträtin

**Hans-Peter Mehling**

Stadtrat

## ANFRAGE

An Herrn  
Oberbürgermeister  
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



10.04.2025

### Unnötige Ausgaben aufgrund verkehrter Rechtsauffassung?

Wie u.a. durch eine öffentliche Vorlage des IT-Ausschusses vom 9. April 2025 bekannt wurde, beabsichtigte die Stadt München im Jahre 2024 ca. 4 Mio. Euro für genderneutrale Unterlagen auszugeben.<sup>1</sup> Die IT-Referentin der LHM, Frau Dr. Laura Dornheim, leitet, wie sich aus der Vorlage ergibt, u.a. aufgrund eines Gerichtsbeschlusses<sup>2</sup> die kostspielige Verpflichtung einer in ihrem Sinne korrekten persönlichen Ansprache und einer diskriminierungsfreien Erfassung für die LHM ab. Dieser Kurs soll nach Antrag der Referentin wie geplant fortgeführt werden, während aufgrund der angespannten Haushaltslage und Konsolidierungsbeschlüsse zahlreiche soziale Projekte von finanziellen Kürzungen betroffen sind.

Grundsätzlich kann die Verwaltung jedoch aus einem Gerichtsurteil keinen eigenständigen gesetzlichen Auftrag ableiten. Gerichtsurteile haben zwar bindende Wirkung für die beteiligten Parteien und können Präzedenzwirkung entfalten, ersetzen aber keine gesetzliche Grundlage für Verwaltungshandeln. Die Verwaltung kann sich an der Rechtsprechung orientieren, aber es entsteht kein neues Gesetz oder eine eigenständige Verpflichtung ohne gesetzliche Grundlage.

Daher fragen wir den Oberbürgermeister:

1. Leitet der Oberbürgermeister aus dem oben genannten Urteil wie die IT-Referentin einen gesetzlichen Auftrag für die LHM ab, eine korrekte persönliche Ansprache und eine diskriminierungsfreie Erfassung in den relevanten IT-Systemen der LHM zu berücksichtigen?
2. Kann ein solcher gesetzlicher Auftrag nach Ansicht der Rechtsabteilung des Direktoriums für die LHM aus dem oben genannten Urteil abgeleitet werden? Sollte die Rechtsabteilung einen gesetzlichen Auftrag ableiten, bitten wir den Oberbürgermeister, dem Stadtrat das entsprechende Rechtsgutachten zur Verfügung zu stellen.

<sup>1</sup> Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 15770.

<sup>2</sup> BVerfG, Beschl. v. 10.10.2017, Az. 1 BvR 2019/16.

3. Sind die bisherigen und weiterhin geplanten Ausgaben in Millionenhöhe angesichts der angespannten Haushaltslage weiterhin gerechtfertigt oder können die Mittel z.B. für soziale Projekte umgeschichtet werden?

**Hans Hammer (Initiative)**

Stadtrat

**Sabine Bär**

Stadträtin

**Leo Agerer**

Stadtrat

**Ulrike Grimm**

Stadträtin

**Fabian Ewald**

Stadtrat

**Delija Balidemaj**

Stadtrat

**Hans-Peter Mehling**

Stadtrat

Herrn  
Oberbürgermeister  
Dieter Reiter  
Rathaus

München, 10.04.2025

## **Barrierefreier U-Bahn-Zugang mit elektrisch betriebenen Rollstühlen**

### **ANTRAG**

Die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) wird gebeten, für Rollstuhlfahrer\*innen mit elektrisch betriebenen Rollstühlen eine zusätzliche barrierefreie Einstiegsmöglichkeit in die U-Bahn zu schaffen. Ziel ist es, sicherzustellen, dass auch bei U-Bahnzügen des Typs A und B an der ersten Tür jeder Garnitur – zusätzlich zur bestehenden Bahnsteigrampe – auch der Spalt zwischen Zug und Bahnsteig sicher überbrückt werden kann.

Hierzu wird die MVG aufgefordert, geeignete Trifold-Rampen aus Aluminium anzuschaffen und in den betroffenen U-Bahn-Triebköpfen mitzuführen. Zudem sind die U-Bahnfahrer\*innen entsprechend zu schulen, um den reibungslosen und sicheren Einsatz dieser Rampen im Fahrgastbetrieb zu gewährleisten.

### **BEGRÜNDUNG**

Erfreulicherweise sind mittlerweile alle 100 U-Bahnhöfe in München mit Rampen zur Höhengleichheit sowie mit Aufzügen ausgestattet – sie gelten daher formal als barrierefrei. Dennoch stellt die Überwindung des Spalts zwischen Bahnsteig und Fahrzeug insbesondere für Nutzer\*innen elektrisch betriebener Rollstühle weiterhin eine große Hürde dar.

Die Landeshauptstadt München ist für den Betrieb der S-Bahn München nicht zuständig. Aktuell sind noch rund 26 Regionalzugbahnhöfe im S-Bahn-Netz nicht barrierefrei erreichbar. An über sieben Stationen fehlt sogar ein Aufzug, sodass mobilitätseingeschränkte Fahrgäste, insbesondere Rollstuhlnutzer\*innen, diese nicht selbstständig nutzen können.

Im Gegensatz zur S-Bahn, bei der an vielen Stationen die Zugführer\*innen mit mobilen Rampen beim Ein- und Ausstieg unterstützen, gibt es bei der Münchner U-Bahn derzeit keine vergleichbare Möglichkeit für Menschen mit elektrischen Rollstühlen, selbstbestimmt und sicher einzusteigen.

Gerade in einer wohlhabenden Stadt wie München darf es nicht sein, dass ein Teil der Bevölkerung aus technischen Gründen von der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs ausgeschlossen bleibt. Mit einfachen technischen Mitteln wie klappbaren Rampen ließe sich die Teilhabe aller Menschen am ÖPNV deutlich verbessern – und zwar unabhängig von ihrer körperlichen Mobilität.

### **SPD/Volt-Fraktion**

Barbara Likus

Nikolaus Gradl

Anne Hübner

Andreas Schuster

Lars Mentrup

Lena Odell

Felix Sproll

Dr. Christian Köning

Roland Hefter

*Mitglieder des Stadtrates*





## München-Liste

An den Oberbürgermeister  
der Landeshauptstadt München  
Herrn Dieter Reiter  
Rathaus, Marienplatz 8  
80331 München

München, 10.04.2025

### **Antrag:**

### **Olympia statt Breitensport: Fehlende Sporthallen, teure Schwimmkurse – und dafür ein Prestigeprojekt?**

Die Stadtverwaltung wird gebeten vor dem Beschluss zur Bewerbung für die olympischen Spiele 2040 und unbedingt vor der Durchführung eines Ratsentscheids alle relevanten Fakten öffentlich darzulegen. Dabei soll auf folgende Punkte eingegangen werden:

1. Anzahl der Sporthallen und Lehrschwimmbecken, die derzeit für den Breitensport zur Verfügung stehen
2. Höhe der (geschätzten) Kosten einer Sanierung und Ertüchtigung der bestehenden Olympiasporthallen von 1972, wenn diese für bei den Olympischen Spielen 2040 zum Einsatz kommen sollten. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass das Olympiastadion in einem noch schlechteren baulichen Zustand ist, als bisher angenommen wurde.
3. Verhältnis dieser Mittel zu Investitionen in den Breitensport
4. Wie die Stadt sicherstellt, dass mit öffentlichen Geldern finanzierte Sportstätten nicht vorrangig für den Spitzensport oder kommerzielle Anbieter reserviert werden, sondern auch der breiten Bevölkerung zugutekommen?
5. Welche Städte sich für den Bau von Olympia-Schwimmstadion, wie von Herrn Reiter gefordert, beworben haben.<sup>1</sup>

### **Begründung:**

Die Sportinfrastruktur in München steht bereits jetzt unter erheblichem Druck. Schulsporthallen sind überbelegt, Vereine kämpfen um Hallenzeiten, und der Zugang zu Lehrschwimmbecken wird durch eine neue Förderpolitik erschwert. Gleichzeitig plant die Stadtratsmehrheit eine Bewerbung Münchens für die Olympischen Spiele 2040. Dieses Prestigeprojekt, würde finanzielle Mittel binden, während der Breitensport nur am Rande profitieren würde.

Aber es wäre auch nicht das erste Mal, dass lieber in den Spitzensport investiert wird, anstatt die Mittel so einzusetzen, dass eine größere Anzahl der Münchner

---

<sup>1</sup> <https://www.tz.de/muenchen/stadt/olympische-spiele-in-muenchen-ob-reiter-rechnet-mit-bundesgeldern-93565903.html>

Sportler:innen etwas davon hat. Ein prominentes Beispiel ist die Unterstützung des MTTC Iphitos: Die Stadt München bezuschusst den Umbau der Tennisanlage des MTTC Iphitos mit insgesamt 8,6 Millionen Euro.

Eine weitere Fehlentscheidung ist die Neuregelung der Sportförderrichtlinien (§14), die ab dem 31.03.2025 greift. Danach werden nur noch Anmietungen von Lehrschwimmb Becken in SWM-Bädern gefördert, wenn sie einen Wettkampfsport-Charakter haben. Das Anfängerschwimmen wird hingegen nicht mehr bezuschusst. Die Folge: Die Kosten für Vereine steigen von bisher 7,50 € auf 27 € pro Stunde, wodurch Kurse teurer oder gar nicht mehr angeboten werden können.

Während also schon jetzt in den Spitzensport investiert wird, fehlen dem Breitensport die notwendigen Mittel. Wollen wir ein paar Wochen olympischen Glanz, oder doch lieber Sportmöglichkeiten für alle Münchner:innen? Die Stadt müsste hier dringend umsteuern, anstatt sich mit einer Olympia-Bewerbung weiter von den eigentlichen Bedürfnissen der Münchner Bevölkerung zu entfernen.

**Initiative:**

Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender  
Sonja Haider, stellv. Fraktionsvorsitzende  
Dirk Höpner, Stadtrat  
Nicola Holtmann, Stadträtin

An den Oberbürgermeister  
Herr Dieter Reiter  
80331 München



München, 10. April 2025

## Antrag

### Sicherstellung des Fortbestands der 24-Stunden-Beratung im Drogennotdienst L43

1. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich gegenüber dem Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention (StMGP) für den Erhalt der 24-Stunden-Beratung im Drogennotdienst L43 in der bestehenden Form einzusetzen und das Ministerium aufzufordern, die bestehende Förderung über den 31.12.2025 hinaus fortzusetzen.
2. Sollte das Staatsministerium an der Einstellung der Förderung festhalten, wird die Stadtverwaltung aufgefordert, in enger Zusammenarbeit mit dem Bezirk Oberbayern umgehend alternative Finanzierungsmöglichkeiten zu finden, um den Fortbestand der 24-Stunden-Beratung sowie die Stabilität des gesamten niedrigschwelligen Hilfsangebotes des Drogennotdienstes L43 ab dem 01.01.2026 sicherzustellen.
3. Das Gesundheitsreferat wird beauftragt, dem Stadtrat zeitnah über den aktuellen Stand der Gespräche mit dem StMGP, dem Bezirk Oberbayern sowie dem Träger Prop e.V. zu berichten und legt dar, welche Maßnahmen zur Absicherung der Einrichtung notwendig sind.

## Begründung

Der Drogennotdienst L43 ist ein zentrales Element der Suchthilfe in München und bietet ein bundesweit anerkanntes, niederschwelliges Hilfsangebot für drogenkonsumierende Menschen im Münchner Bahnhofsviertel. Die Einrichtung umfasst eine Notschlafstelle (mit Schutzraum für Frauen), einen Kontaktladen, eine 24-Stunden-Drogenberatung sowie ein Spritzentauschangebot. Diese Angebote sind eng verzahnt, personell und konzeptionell miteinander verbunden und leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Gesundheitsversorgung, Überlebenshilfe und Stabilisierung der Zielgruppe.

Nach Informationen des Trägers Prop e.V. hat das StMGP angekündigt, die bisherige Förderung der 24-Stunden-Beratung zum 31.12.2025 einzustellen. Der Träger steht in weiteren Abstimmungen mit dem StMGP und den bisherigen Fördergebern. Das StMGP hat dem Träger ein Angebot einer Förderung mit Projektcharakter unterbreitet. Konkret würde eine Förderung mit Projektcharakter bedeuten, dass neue und veränderte Aufgaben bei einer möglicherweise monetär reduzierten und befristeten Förderung umgesetzt werden müssten. Für die beschriebenen Herausforderungen ist eine

Stadtratsfraktion

Die Linke / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München

solide und verlässliche Finanzierung als Grundlage für eine tragfähige Personalplanung erforderlich.

Der Wegfall der Förderung gefährdet nicht nur die Beratung selbst, sondern aufgrund der engen Personalverflechtung auch den Betrieb der Notschlafstelle und des Kontaktladens. Schließtage, eingeschränkte Öffnungszeiten und ein Wegfall von dringend benötigten Ansprechpartner\*innen rund um die Uhr wären die Folge.

Der Bedarf an niederschwelliger Drogenhilfe steigt jedoch drastisch: Zunahme des Crack-Konsums, wachsendes Aggressions- und Konfliktpotenzial, Verbreitung synthetischer Opiode und eine zunehmende soziale Desintegration kennzeichnen die aktuelle Lage in München. Der Drogennotdienst L43 ist die einzige Notschlafstelle in der Stadt, die speziell für drogenkonsumierende Menschen zugänglich ist. Ein Abbau des Angebots hätte nicht nur dramatische Folgen für die Betroffenen, sondern auch für den sozialen Frieden im Bahnhofsviertel.

Ein Erhalt der bestehenden Angebote im Drogennotdienst L43 ist daher sozial- wie gesundheitspolitisch zwingend notwendig. Kürzungen zum jetzigen Zeitpunkt wären kontraproduktiv, menschenverachtend und ordnungspolitisch gefährlich.

**Initiative:**  
**Stadtrat Stefan Jagel**

**Gezeichnet:**  
Stadträtin Marie Burneleit  
Stadträtin Brigitte Wolf  
Stadtrat Thomas Lechner

**Stadtratsfraktion**  
**Die Linke / Die PARTEI**  
dielinke-diepartei@muenchen.de  
Telefon: 089/233-25 235  
Rathaus, 80331 München

# Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Donnerstag, 10. April 2025

**Marktforschung zeigt Zufriedenheit mit der MVV-Verbunderweiterung, die ÖPNV-Nutzungshäufigkeit im erweiterten MVV-Gebiet steigt**

Pressemitteilung MVV

**Zeichen für Vielfalt und Demokratie: München Klinik verlässt die Plattform X**

Pressemitteilung München Klinik gGmbH

München, 10. April 2025

## **Marktforschung zeigt Zufriedenheit mit der MVV-Verbund- erweiterung, die ÖPNV-Nutzungshäufigkeit im erweiterten MVV-Gebiet steigt**

**Wie zufrieden die Fahrgäste im MVV-Verbundraum sind, wird vom Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) mit dem Kundenbarometer seit mehr als 25 Jahren in regelmäßigen Abständen untersucht. 2024 wollte der MVV außerdem wissen, welche Vorteile die erste Erweiterungswelle des MVV-Verbundraums im Dezember 2023 den Fahrgästen gebracht hat. Besonders erfreulich: Der Anteil der ÖPNV-Nutzenden ist in den „neuen“ Gebieten – Stadt und Landkreis Rosenheim, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen (südlicher Teil) und Landkreis Miesbach deutlich gestiegen.**

Erstmals ging es 2024 im MVV-Kundenbarometer auch um die Verbundraumerweiterung. Dabei standen vor allem die Erweiterungsgebiete Stadt und Landkreis Rosenheim sowie die Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen und Miesbach im Fokus:

Ein Viertel der Fahrgäste in den Erweiterungsgebieten nennt gute bzw. bessere Preise und ca. dreizehn Prozent nennen ein besseres, einheitliches Fahrkartenangebot als persönliche Vorteile, und dies, obwohl das Deutschlandticket schon im Markt etabliert war (Einführung: 1. Mai 2023). Ungestützt gefragt nach persönlichen Vorteilen durch die Erweiterung des MVV-Gebiets, schätzen die Befragten die gelungene Tarifintegration, d. h. einen einheitlichen Tarif mit nur einer Fahrkarte für das komplette Gebiet. Hier eine freie Auswahl an offenen Nennungen:

***„Praktisch, weil man sich nicht mehr überlegen muss, bei welchem Anbieter man das Ticket kaufen muss.“***

***„Einheitliches Tarifsystem und alles in einer App.“***

***“...dass ich nicht mehr ein Extraticket kaufen muss.“***

Besonders hervorzuheben ist die Beantwortung der Frage „Wie häufig nutzen Sie den MVV aktuell für Fahrten innerhalb oder von den neuen Gebieten Miesbach, Bad Tölz oder Rosenheim aus?“ Elf Prozent der aktuellen Nutzer in den Erweiterungslandkreisen sind vor der Verbundraumerweiterung nie mit öffentlichen Verkehrsmitteln in den neuen Gebieten gefahren. Zweck und Anlass für die MVV-Nutzung dort sind vor allem Wege für Freizeitzwecke und Ausflüge, aber auch für Fahrten zur Arbeit.

Pressestelle MVV  
Sonja Schneider

Postfach 26 01 54, 80058 München  
Thierschstraße 2, 80538 München

Tel.: (089) 210 33 - 224  
Fax: (089) 210 33 - 288

E-Mail: [presse@mvv-muenchen.de](mailto:presse@mvv-muenchen.de)  
Web: [www.mvv-muenchen.de](http://www.mvv-muenchen.de)



Die Globalzufriedenheit 2024 für den MVV-Raum ist trotz signifikanter Verschlechterung im ÖPNV-Gesamtmarkt stabil geblieben und fällt mit einem Durchschnittswert von 2,99 auf einer Fünfer-Skala von vollkommen zufrieden bis unzufrieden geringfügig besser aus als im Vorjahr (3,00). In den Erweiterungsgebieten ist die Globalzufriedenheit höher als in den Bestandslandkreisen.

In den Erweiterungsgebieten sind knapp drei Viertel der MVV-Nutzenden bereits innerhalb der neuen Gebiete oder von den neuen Gebieten aus mit öffentlichen Verkehrsmitteln des MVV gefahren. Umgekehrt sind inzwischen etwa 17 Prozent der MVV-Nutzenden in den Bestandsgebieten bereits mit dem MVV zu einem Ziel in den neuen Gebieten gefahren.

Unter den gestützt abgefragten Vorteilen der Verbundraumerweiterung sind die einheitlichen digitalen und analogen MVV-Vertriebskanäle und die erweiterte Gültigkeit der MVV-Tickets für alle öffentlichen Verkehrsmittel am präsentesten.

MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch findet es erfreulich, dass die umgesetzten Maßnahmen wie ein Tarif mit einem Ticket, ein einfacher Vertrieb und eine übergreifende Reisendeninformation wirken. „Mit elf Prozent Neuverkehr entlastet die Verbunderweiterung schon im ersten Jahr und zusätzlich zum Deutschlandticket die Region vom Autoverkehr und zeigt erfreulich die Wirkung von einem einheitlichen System für Bus und Bahn.“, ergänzt Dr. Rosenbusch. •



# Presseinformation

## Zeichen für Vielfalt und Demokratie München Klinik verlässt die Plattform X

München, 10. April 2025. Vielfalt, Demokratie, Respekt – dafür steht die München Klinik (MüK) als Mitglied der Allianz Kommunaler Großkrankenhäuser e.V. (AKG). Seit Oktober 2024 postet die MüK nicht mehr aktiv auf der Social-Media-Plattform X (ehemals Twitter), jetzt hat sie diesen Ausstieg auch offiziell vollzogen. Die Menschen, die in der MüK arbeiten und behandelt werden, haben ihre Wurzeln in mehr als 80 Ländern weltweit. Die MüK steht für einen respektvollen Austausch und gegen Diskriminierung. Diese Werte stehen im Widerspruch zur aktuellen Ausrichtung der Plattform X.

Die München Klinik bleibt im Gespräch mit der Öffentlichkeit auf vielen anderen Social Media-Plattformen, u.a.:

**Instagram:** [www.instagram.com/muenchenklinik](https://www.instagram.com/muenchenklinik)  
**Facebook:** [www.facebook.com/muenchenklinik](https://www.facebook.com/muenchenklinik)  
**LinkedIn:** [www.linkedin.com/company/muenchen-klinik](https://www.linkedin.com/company/muenchen-klinik)  
**TikTok:** [www.tiktok.com/@muenchenklinik](https://www.tiktok.com/@muenchenklinik)

Mehr Informationen über das Wertebild der AKG und der München Klinik:  
[www.muenchen-klinik.de/unternehmen/profil/wir-ueber-uns/akg/](https://www.muenchen-klinik.de/unternehmen/profil/wir-ueber-uns/akg/)

Die [München Klinik](#) ist mit Kliniken in Bogenhausen, Harlaching, Neuperlach, Schwabing und Europas größter Hautklinik in der Thalkirchner Straße Deutschlands zweitgrößte kommunale Klinik und der größte und wichtigste Gesundheitsversorger der Landeshauptstadt München. Die München Klinik bietet als starker Klinikverbund Diagnostik und Therapie für alle Erkrankungen in München und im Umland und genießt deutschlandweit einen ausgezeichneten Ruf – mit innovativer und hoch spezialisierter Medizin und Pflege und gleichzeitig als erster Ansprechpartner für die medizinische Grundversorgung. Rund 110 000 Menschen lassen sich hier im Schnitt pro Jahr stationär und teilstationär behandeln. Mit jährlich über 6000 Geburten kommen hier deutschlandweit die meisten Babys zur Welt. Auch in der Notfallmedizin ist die München Klinik die Nummer 1 der Stadt: Über 130 000 Menschen werden jedes Jahr in den vier Notfallzentren aufgenommen – das entspricht rund einem Drittel aller Notfälle der Landeshauptstadt. Die Kliniken sind entweder Lehrkrankenhaus der Ludwig-Maximilians-Universität oder der Technischen Universität München. Die hauseigene Pflege-Akademie ist mit rund 500 Ausbildungsplätzen die größte Bildungseinrichtung im Pflegebereich in Bayern. Als gemeinnütziger Verbund finden in der München Klinik Daseinsvorsorge und herausragende Medizin zusammen und stellen das Gemeinwohl in den Vordergrund: Über die medizinisch-pflegerische Versorgung hinaus gibt es großen Bedarf, der vom Gesundheitssystem nicht refinanziert wird – wie etwa das Spielzimmer für Geschwisterkinder. Und auch die Mitarbeitenden aus Medizin und Pflege, die sich mit ihrer täglichen Arbeit für die Gesundheitsversorgung Münchens einsetzen, können von Zuwendungen in Form von [Spenden](#) profitieren – beispielsweise durch die Finanzierung von zusätzlicher Ausstattung, Erholungsmöglichkeiten und Fortbildungen. Dafür zählt jeder Euro.

## Geschäftsführung

Pressesprecher  
**Raphael Diecke**

Stellv. Pressesprecherin  
**Ann Sophie Landgraf**

**München Klinik**  
Fritz-Erler-Straße 30  
81737 München

T 089 452279-492  
F 089 452279-749

presse@muenchen-klinik.de

muenchen-klinik.de